

Standortwettbewerb mit dreisten Subventionen

VON BERND WITTKOWSKI

Mühsam nährt sich nicht nur das Eichhörnchen, sondern auch der Finanzplatz. Denn Frankfurt heißt nicht allein Hundertschaften von Brexit-Bankern willkommen, von denen die allermeisten ohnehin noch auf sich warten lassen. Auch eher unauffällige Zugänge, deren Arbeitsplatzeffekte sich im einstelligen oder unteren zweistelligen Bereich bewegen, werten die Bankenmetropole auf und stärken den

Standort im internationalen Wettbewerb. Einer dieser Neuankömmlinge hat jetzt seine Geschäfte in „Mainhattan“ aufgenommen: das Family Office der Frankfurter Bankgesellschaft. Die zur **Helaba** gehörende Einheit für die Betreuung sehr vermögender Familienunternehmer – bisher Nötzli, Mai & Partner – wurde von Zürich nach Frankfurt verlegt und wird hier neu positioniert und ausgebaut. Zunächst 17 Mitarbeiter, darunter mehr als zehn qualifizierte Berater, von denen die meisten vom Marktführer Deutsche Oppenheim Family Office übernommen wurden, steigen unter Führung des Vorstandsvorsitzenden Dietmar Schunk sowie seiner Kollegen Dirk van den Berg und Wilfried Hoffmann in den intensiven Wettbewerb um Mandanten ein. Sie agieren ganz selbständig mit unabhängiger Beratung, ohne eigene Produkte zu verkaufen.

Die Anziehungskraft Frankfurts nicht nur auf Finanzdienstleister ist groß, aber nicht immer ausreichend, um Unternehmen zu gewinnen oder zu halten. So wird die zur

Rewe Group gehörende Großmetzgerei Wilhelm Brandenburg ihren Frankfurter Betrieb (950 Beschäftigte) und die Firmenzentrale aller Voraussicht nach in etwa zwei Jahren nach Erlensee im Main-Kinzig-Kreis verlagern. Zum wiederholten Mal kann man den Eindruck gewinnen, dass sich Frankfurts Stadtobere im Wettbewerb um Unternehmen oder Institutionen nicht gerade mit Ruhm bekleckern.

Man muss ja nicht gleich in den Beauty Contest um die schönsten Subventionen einsteigen, wie er offenbar um die Ansiedlung der European Banking Authority (EBA) veranstaltet wird. Angeblich wird es der „City of the Euro“ als Wettbewerbsnachteil ausgelegt, im Unterschied zu manch anderem Bewerber keine Mietfreiheit für die Bankenregulierungsbehörde, die als Folge des Brexit von London aufs europäische Festland umziehen

muss, in Aussicht gestellt zu haben. Diese Wettbewerbsverzerrung auf Kosten der Steuerzahler ist wirklich dreist – und das umso mehr, als der EU-Kommission gleichzeitig vorschwebt, auch die Kosten der Regulierungsinstanzen auf die beaufsichtigten Finanzplatzakteure abzuwälzen.

Ein weiterer Abgang ist zu beklagen: Die Deutsche Wohnen verlegt ihren Sitz von Frankfurt nach Berlin. Es handelt sich in diesem Fall freilich nur um einen rechtlichen und symbolischen Akt. Die Gesellschaft hat mit der Gehag (Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-Aktiengesellschaft) und der GSW Immobilien starke historische Wurzeln an der Spree, dort liegt der Großteil ihres Wohnungsportfolios, und dort arbeiten 680 ihrer rund 950 Beschäftigten. Immerhin: Der Standort Frankfurt soll als Service Point mit all seinen rund 50 Mitarbeitern erhalten bleiben.

(Börsen-Zeitung, 14.10.2017)